

Trittbrettfahrer der Geschichte?

Komplexe Gemengelage rund um den Holocaust in Frankreich und Italien

Diana Pinto

Das Thema der Tagung dürfte bei den meisten von uns unwillkürlich eine Reihe von starken Gefühlen auslösen. Denn es geht um die Neue Rechte, die in von Amerika bis Polen, aber auch in Israel, die Erinnerung an den Holocaust für ihre eigenen üblen Ziele missbraucht und sich dabei ausgerechnet auf die Opfer des Holocaust beruft, um so den heutigen Verdammten dieser Erde noch mehr Leid zuzufügen: den Flüchtlingen und Migranten, die im Mittelmeer, in den Wüsten von Arizona, im Nahen Osten und in Nordafrika sterben, und nicht zu vergessen den Palästinensern. (Die Schrecken in Asien haben keine Verbindung zum Holocaustgedenken.) – Die Neue Rechte kippt eine große Portion an Krokodilstränen darüber und serviert das Ganze auf einem »Nie wieder«-Tablett. Dazu kommt der fehlende Respekt vor den Grundprinzipien der Demokratie, also vor Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Minderheitenschutz. Mit anderen Worten: ein Kapern der Holocausterinnerung mit der Absicht, dem Geist der Erinnerung zu entkommen. Wer könnte von solch einer perfiden Vereinnahmung unberührt bleiben?

Aber ganz so klar ist die Sache dann doch nicht. Ist es denn nicht eher so, dass sich die Neue Rechte, in Europa vor allem in Ungarn unter Orbán oder in Polen unter der PIS-Partei »*Recht und Gerechtigkeit*«, aber auch im Trumpistischen Amerika, gerade deshalb als besten Freund Israels bezeichnet, weil sie glaubt, dass sie sich dann nicht mit der eigenen nationalen Geschichte im Hinblick auf den Holocaust und auf den Antisemitismus auseinandersetzen muss? Deswegen stellt sich die unbequeme Frage: Passt die Metapher des Kaperns in diesem Zusammenhang überhaupt? Denn wer kapert hier wen? Und wie funktioniert das eigentlich, wie »kapert« man historische Erinnerung? Indem man die Geschichte leugnet, relativiert, missbraucht und vergisst?

Zunächst ein paar Definitionen. Kapern bedeutet die Übernahme eines Transportmittels bei Androhung oder Anwendung von Gewalt: Ein rechtmäßiger Fahrer wird dazu gezwungen, sein Fahrzeug entweder aufzugeben oder neuen Anweisungen zu folgen und woanders hinzufahren. Mit dem »Kapern der Holocausterinnerung« begeht die Neue Rechte in Amerika und Europa in diesem Sinne einen Akt des Geschichtsbanditentums.

Ich finde nicht, dass dieser Vergleich passt. Der Holocaust war ein großes historisches Ereignis mit verschiedensten Gräueltaten und unermesslich vielen Opfern unter Juden (und anderen Minderheiten). Die von diesem Strudel fortgerissenen Menschen stammten aus allen Gesellschaftsschichten, der Universitätsprofessor an der Sorbonne war genauso darunter wie der einfache Schuster aus dem Shtetl. Es spielte keine Rolle, ob sie konservative nationalistische Patrioten, progressive Liberale oder Kommunisten waren, Mitglieder des *Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes*, Ultraorthodoxe, die alles ablehnten, was modern war, oder Zionisten egal welcher Ausrichtung; auch Mussolini-Bewunderer waren unter ihnen (erinnert sei an Jabotinsky in Palästina). Ermordet wurden sie alle im Namen einer Rassenideologie, der es nicht auf die verschiedenen politischen und kulturellen Einstellungen ankam, sondern nur darauf, dass man keine jüdischen »Anderen« in seiner Mitte dulden wollte. Deswegen gehört der Holocaust niemandem. Keine Gruppe ist dazu legitimiert, die Erinnerung an ihn vorzugeben: nicht die europäischen Linken, nicht Israel, nicht die Vereinigten Staaten und auch keine jüdische Organisation – es gibt keine Gruppe oder politische Partei, die den Holocaust für sich als ein exklusives Ereignis beanspruchen kann.

Die Erinnerung an den Holocaust folgt keinem festgelegten Weg und hat keine vorherbestimmte Richtung, die über das strapazierte und unspezifische »Nie wieder« hinausweist. Ich bevorzuge das Bild, dass Linke wie Rechte von der Nachkriegszeit bis heute beide Trittbrettfahrer der Holocausterinnerung sind. So versuchen sie, ihre jeweiligen Ziele zu erreichen, sind aber auch dazu bereit, jederzeit wieder von der Erinnerung abzuspringen, wenn das Holocaustgedenken ihren politischen Prioritäten nicht mehr dienlich ist.

Entsprechend kann niemand (auch keine Gruppierung der extremen Rechten oder Linken) daran gehindert werden, die Erinnerung an den Holocaust in die eigene Weltsicht oder in das eigene politische Programm aufzunehmen – vorausgesetzt, dass angemessen an den Holocaust erinnert wird, sowohl in seiner überwältigenden jüdischen Spezifität als auch als Verbrechen gegen universelle menschliche Werte. Weder darf der Holocaust als abstrakter Verweis auf menschliches Leiden trivialisiert noch als Totschlagargument für oder

gegen eine bestimmte Ideologie benutzt werden. Das achtsame und umfassende Holocaustgedenken bildet eine große Aufgabe, die auch bedeutet anzuerkennen, dass es nicht automatisch und reflexartig Antworten auf unsere zeitgenössischen Probleme liefert, ob es nun um Einwanderung, nationalen Zusammenhalt oder den pluralistischen Respekt vor dem »Anderen« geht. Diese Themen müssen jeweils eigens angegangen werden. Dafür biete der Holocaust keinen Kompass.

Schließlich gilt es noch zwei weitere Punkte zu berücksichtigen. Zum einen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, dass historische Reue und nationale Versöhnung sogar mit und innerhalb der extremen Rechten erreicht werden können. Zum anderen stellt sich neuerdings die wichtigere Frage, inwiefern seit dem Beginn von Russlands Invasion der Ukraine im Jahr 2022 nicht neue Trennlinien und Bezugnahmen (auf nationale Souveränität und Krieg) ins Blickfeld rücken, was rechtsextreme Parteien aus ihrer Verpflichtung entlässt, sich mit dem Holocaustgedenken auseinanderzusetzen, da sie nun erstmal ihre oftmals »kumpelhaften« Beziehungen zu Putins Russland klären müssen. In diesem Sinne könnte es sein, dass wir mit dem Holocaustgedenken ein Thema diskutieren, dass nicht mehr ganz so aktuell ist.

Frankreich, Italien, der Holocaust und die Holocausterinnerung

Welche Relevanz haben Frankreich und Italien für die Diskussion über das Holocaustgedenken? Meiner Meinung nach liegt sie einerseits in der zwielichtigen Rolle, die beide Länder mit ihren faschistischen und rechtsextremen Regierungen während des Zweiten Weltkrieges in Bezug zum Holocaust gespielt haben, und andererseits – nach dem Krieg – in der Verklärung ihrer Vergangenheit durch die Glorifizierung des Widerstands sowie einer daraus resultierenden unklaren Haltung zur Holocausterinnerung. Als in den 1980er und 1990er Jahren der Holocaust in seinem gesamten Ausmaß als spezifisch jüdisches Kapitel des Kriegs anerkannt wurde, veränderten die Erinnerungsdebatten auch in Frankreich und Italien die Politik und Kultur beider Länder, was für die rechtsextremen Parteien neue Räume schuf.

Zahlen sind wichtig. Mehr als 75 Prozent der Juden Frankreichs und mehr als 85 Prozent der Juden Italiens überlebten den Holocaust dank verschiedener sozialer Akteure (einzelne Personen, Kirchen und Zivilgesellschaft). Dies mit den 90 Prozent der während des Holocaust in Polen ermordeten Juden zu vergleichen, ist wegen der grundlegend anderen historischen Umstände in

Osteuropa wenig aussagekräftig. Angemessen gewürdigt werden die hohen Überlebensraten in Frankreich und Italien aber, wenn man sie neben die 90 Prozent der niederländischen Juden stellt, die in den Niederlanden in dieser Schreckenszeit ermordet wurden.

Es ist wichtig, in Erinnerung zu rufen, dass Mussolinis Rassengesetze gegen die Juden im Jahre 1938 verkündet wurden, also 16 Jahre nach seinem Machtantritt, was bedeutet, dass mit Ausnahme der liberalen linkintellektuellen Elite die meisten italienischen Juden den Faschismus als solchen nicht aktiv bekämpften. Einige waren sogar selbst überzeugte Faschisten. Außerdem vergab, so überraschend es auch klingen mag, Mussolini selbst zwischen 1934 und 1938 Universitätsstipendien an deutsche Juden, die von den Nationalsozialisten von ihren Hochschulen vertrieben worden waren.

Italiens unübersichtliche Situation während des Krieges wurde im Jahr 1943 noch komplexer. Technisch gesehen begann die Deportation der Juden Italiens (und derjenigen aus der Gegend um Nizza, die durch Mussolinis Truppen geschützt gewesen waren) erst, als nach dem Sturz Mussolinis das nationalsozialistische Deutschland die Côte d'Azur und den Norden Italiens bis Rom besetzte (Süditalien wurde im gleichen Jahr befreit, bevor die Juden in dieser Region überhaupt wussten, dass sie in Gefahr sein könnten). Im September 1943 wurde die *Republik von Salò* gegründet; in diesem Rumpfstaat versammelten sich die alten italienischen Faschisten rund um den geschwächten und jetzt von den Deutschen kontrollierten Mussolini, den sie als ihre Marionette an die Spitze setzten. Der alte faschistische Staat existierte nicht mehr. Das befreite (Süditalien stand nach 1943 unter der neuen Alliierten-freundlichen Regierung von General Badoglio. Aus diesem Grunde war es für Italiener möglich zu behaupten, dass nicht der italienische Faschismus, sondern das nationalsozialistische Deutschland direkt für die jüdischen Deportationen verantwortlich war.

In Frankreich vertrauten nach der Kapitulation 1940 viele Juden wie auch ihre Mitbürger auf Maréchal Pétain und das Vichy-Regime, das im unbesetzten Teil des Landes geschaffen wurde. Es wurde sogar kolportiert, dass Pétain Hand in Hand mit de Gaulles Freiem Frankreich in London arbeitete – und damit mit der Gaullistischen Résistance, die sich fast unmittelbar nach der Niederlage Frankreichs gebildet hatte. Das ist bekanntlich falsch, hatte doch im Jahr 1940 eine breite Mehrheit der Abgeordneten der französischen Nationalversammlung der Dritten Republik dafür gestimmt, Pétain weitreichende Machtbefugnisse zu erteilen. Vichy-Frankreich wurde also nicht als das rechts-extreme Regime geboren, zu dem es sehr bald wurde. Das heikle Thema der

Deportationen der Juden im besetzten Frankreich in der Zeit von Vichy explodierte als politische und historische Bombe erst in den 1980er und 1990er Jahren, als die Frage in den Mittelpunkt rückte, was die Vichy-Beamten wirklich gewusst, wie sehr sie die Deportationen antizipiert und wieviel sie dem nationalsozialistischen Deutschland dabei geholfen hatten, seine Deportationsziele zu erfüllen. Alle Nachkriegsregierungen, die konservativen in der Tradition von de Gaulle, aber auch sozialistische Regierungen wie etwa jene von François Mitterrand, die die Kommunisten mit an die Macht brachten, vertraten bis dahin die gleiche politische Haltung zum Thema: Vichy-Frankreich war nicht *La France*, sondern lediglich eine Episode, die sich aus der nationalen Geschichte »ausklammern« ließ und deren illegales Regierungshandeln, insbesondere die Deportation der Juden, keine dunklen Flecken auf dem Geschichtsbild des Landes hinterließ.

Erst im Jahr 1995 erkannte Präsident Jacques Chirac im Hinblick auf die Ereignisse von *Vel d'Hiv* offiziell an, dass die Deportationen von Juden durch den französischen Staat durchgeführt worden waren: In Paris waren die Juden, die meisten von ihnen Flüchtlinge, zusammengetrieben und anschließend nach Auschwitz deportiert worden – eigenständig von der örtlichen Verwaltung geplant und von Frankreichs leitenden Staatsbeamten sowie von *gendarmes* und Polizisten ausgeführt. Außerdem hatten historische Forschungen in den 1980er Jahren enthüllt, dass Pétains rechtsextreme Regierung bereits direkt im Jahr 1940 die ersten antisemitischen Gesetze erlassen hatte und damit entsprechenden Forderungen des nationalsozialistischen Deutschlands zuvorgekommen war. Was das Schicksal von Vichys Staatsbeamten nach dem Krieg anbelangt, führte die Mehrheit, unabhängig von ihrer vormaligen Stellung und Verantwortlichkeit, ihre Karrieren im öffentlichen Leben oder im privaten Sektor ohne die kleinste Störung fort, wobei sie sehr oft mit offenen Armen im »gaullistischen Haus« willkommen geheißen wurden – und zwar im Namen eines weiteren historischen Trittbrettfahrens: der Vorstellung, dass die Mehrheit der Franzosen in der Résistance gewesen sei.

Die Nachkriegsordnung in beiden Ländern wurde auf dem Glaubenssatz begründet, der Widerstand habe den »wahren« Geist ihrer Nationen verkörpert. Die Geschichtsklitterung, die hier in die Holocausterinnerung eingeschrieben ist, entfernt sich in ihrer Verdrehung weit von einem klaren und angemessenen historischen Gedenken. Für die französischen Nachkriegsregierungen war es unheimlich praktisch, die Vichy-Jahre aus der Geschichte des Landes auszuklammern. In Italien wiederum verständigten sich in der Nachkriegszeit die Christdemokraten (die behaupteten, während des Faschis-

mus in der Opposition gewesen zu sein), aber auch die sozialistischen und kommunistischen Linken darauf, dass eine völlig neue politische Ordnung aufgebaut werde und der Faschismus im Abfalleimer der Geschichte gelandet sei. Doch im Unterschied zu Frankreich konnte Italien den Faschismus nicht einfach als kurze Kriegsepisode »ausklammern«. Dafür gab es jüngst in Italien eine eingehende Auseinandersetzung mit seiner Geschichte (wenn auch nicht ganz so tief wie in Deutschland), aber intensiver als in Frankreich, wo Vichy weiterhin die politischen Debatten heimsucht.

Ob im Namen des nationalen Wiederaufbaus oder der kommunistischen Internationale – die Parteien, die aus dem Widerstand hervorgingen, verbindet, dass sie auf ähnliche Weise für die besondere Betroffenheit der Juden durch den Holocaust blind waren. Zwar gab es ein paar jüdische Gaullisten, jedoch keine jüdischen Christdemokraten. Die Mehrheit der Juden, die den Holocaust und die Jahre der Unterdrückung überlebt hatten, tendierten zur politischen Linken, waren Kommunisten oder Mitglieder ihrer Schwesterparteien. In der Nachkriegszeit waren daher vor allen Linke Trittbrettfahrer des Holocaust, insbesondere Kommunisten (im Einklang mit der sowjetischen Linie). Jegliche Bezüge auf eine jüdische Spezifität des Leidens wurden daraus entfernt, was als ein Kampf für universelle antifaschistische Werte dargestellt wurde. Der Holocaust wurde als ein Nebenaspekt dem Widerstandsnarrativ subsumiert – wobei die meisten Juden überhaupt froh waren, in ihre französischen und italienischen nationalen Kontexte vollständig wiederaufgenommen worden zu sein.

Doch die Integration in den Widerstand hatte ihren Preis. Der Widerstand betrachtete seine Mitglieder (viele von ihnen übrigens jüdischer Herkunft) als Helden, wohingegen die jüdischen Opfer nur das eine waren: einfache »Opfer«. In den Augen des Widerstands hatten sie nichts Heroisches geleistet und verdienten keine nationalen Ehrungen. Es lag an der Großzügigkeit der Nachkriegsregierungen, dass sie hinsichtlich Rentenzahlungen und Gesundheitsleistungen den Widerstandskämpfern gleichgestellt wurden. Das beste Beispiel für diese Unterscheidung findet sich innerhalb einer Familie, zwischen Simone Veil und ihrer Schwester Denise. Die Auschwitzüberlebende Simone kehrte in völliger Anonymität ins Nachkriegsfrankreich zurück, wohingegen Denise, die das Lager Ravensbrück als Mitglied der Résistance überlebt hatte, bei ihrer Rückkehr nationale Ehrungen erhielt und bis an ihr Lebensende darauf bestand, dass für ihr eigenes Selbstverständnis mehr zählte, in der Résistance gewesen zu sein als den Holocaust überlebt zu haben. Freilich entwickelte Simone Veil sich später zur nationalen Ikone, die in das Panthéon auf-

genommen und so unsterblich werden sollte. Wie sich die Perspektiven doch ändern.

In diesem Sinne galten also die Opfer der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager – des *univers concentrationnaire*, wie die Franzosen es nennen – als Widerstandskämpfer ohne ethnische oder religiöse Identität. Der Widerstand schaffte es, ein Verbrechen gegen ein ganzes Volk für sich zu vereinnahmen. Ein überaus sprechender Beweis für dieses universalistische Trittbrettfahren auf dem Holocaust war bis 1991 in der Gedenkstätte Auschwitz zu sehen. Jedes von den Nationalsozialisten besetzte Land besaß seinen eigenen Pavillon zur Ehrung des Widerstands, ohne auch nur im Ansatz zu erwähnen, dass die meisten, die in Auschwitz-Birkenau endeten, Juden waren. Auf der alphabetischen Liste der Nationalitäten stehen die Juden (*żydzi* im Polnischen) an letzter Stelle; und das, obwohl sie die am schlimmsten verfolgte Bevölkerungsgruppe waren – auf sie war die nationalsozialistische Tötungsmaschinerie primär ausgerichtet.

Dieser zwielichtige historische Hintergrund ist absolut zentral, wenn man das heutige Verhältnis der französischen und italienischen Neuen Rechten zur Holocausterinnerung verstehen will. Zunächst ein paar Vorbemerkungen: Weder in Frankreich noch in Italien hat es jemals solch eine Art von »erzwungenem« Gedenken an den Holocaust gegeben, wie es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs den neu befreiten, aber störrischen osteuropäischen Ländern durch die amerikanischen und internationalen jüdischen Organisationen auferlegt wurde. Sich selbst überlassen hätten sich diese Länder ansonsten wohl ausschließlich auf ihre eigene Kriegswunden sowie vor allem auf ihre Gefangenschaft in der sowjetischen Sphäre konzentriert. Dem zu gedenken, was den Juden in ihrem Land zugestoßen war, hatte für sie keine Priorität. Der Holocaust, der so lange hinter der antifaschistischen kommunistischen Ideologie dieser Regime zurückgeblieben war, sollte nicht zu ihrer erneuerten nationalistischen Rhetorik passen. Ich würde sagen, die Staaten erkannten die Notwendigkeit zu Lippenbekenntnissen zum Holocaustgedenken, um die Billigung des Westens zu gewinnen. Als dann der Zugang zu NATO und EU gesichert war, bewiesen die Regime die Absenz von Antisemitismus in ihren Ländern und ihre Offenheit gegenüber Juden nicht etwa dadurch, die eigene Geschichte gründlich zu untersuchen (dies geschah nur langsam durch die Arbeit einiger weniger mutiger Intellektueller), sondern dadurch, Nähe zu Israel zu demonstrieren. Und zu einem ganz besonderen Israel noch dazu: zu Netanjahus populistischem und zunehmend illiberalem Regime.

Solche indirekten Dynamiken lassen sich für Italien und Frankreich nicht beobachten. Vielmehr waren die rechtsextremen Parteien dort gezwungen, sich direkt mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen, um so dem vorherrschenden Zeitgeist zu entsprechen, der seit den 1990er Jahren das Holocaustgedenken in den Mittelpunkt des politischen Diskurses stellte. Erst auf dieser Grundlance gelang ihnen eine politische Normalisierung und sie wandelten sich zu konservativ-populistischen Parteien mit einem starken programmatischen Fokus auf unkontrollierter Einwanderung sowie, seit Kurzem, zunehmend auch auf der wachsenden sozialen Ungleichheit.

In dieser Hinsicht war Italiens extreme Rechte bis heute erfolgreicher als ihr französisches Pendant. Denn es gelang ihr, die antisemitische Vergangenheit ihrer Vorgänger zu kritisieren und zugleich den Holocaust und sein Gedenken zu thematisieren. Frankreichs extreme Rechte hingegen lässt sich damit nach wie vor Zeit (um es freundlich zu formulieren): Statt sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, setzt sie immer noch auf Provokation.

Italiens Neue Rechte und der Holocaust

Giorgia Melonis neue Partei *Fratelli d'Italia* kam im Herbst 2022 in augenscheinlich postfaschistischer Gestalt an die Macht. In Bezug auf den russischer Angriffskrieg auf Ukraine positioniert sich Meloni klar gegen Russland, für die NATO und jetzt sogar pro-europäisch (etwas anderes ist angesichts der Abhängigkeit Italiens von den Geldern aus Brüssel schwer vorstellbar). Ihre Partei hat den großen Vorteil, dass ihr Vorgänger Gianfranco Fini die Holocaust-»Erinnerungsarbeit« bereits erledigte. Seine im Jahre 1994 gegründete Partei *Alleanza Nazionale* (AN) hatte den alten Movimento Sociale Italiano (MSI) abgelöst, der unmittelbar nach dem Krieg als rechtsextreme Partei entstanden und von faschistischer Nostalgie durchdrungen war – in ihm hatten sich viele Ex-Faschisten versammelt (darunter sogar einige Politiker der *Republik von Salò*). Gianfranco Finis Wunsch war es, die Partei von den neofaschistischen Traditionen seiner eigenen Jugend loszulösen. Dies gelang ihm auf eloquente Weise, als er in seiner Funktion als Vizepremierminister Italiens bei einem Besuch in Yad Vashem im Jahr 2003 offiziell die faschistischen Rassengesetze von 1938 verurteilte, die Italiens Juden mit einem Schlag aus dem öffentlichen Leben ihres Landes ausschlossen. Und er ging noch einen Schritt weiter, indem er die Existenz der *Republik von Salò* und das ganze faschistische Experiment seit 1922 als ein Kapitel der nationalen

Schande bezeichnete. Fini wandte sich in seiner Rede an die gesamte jüdische Welt. Vor allem aber wiederholte er in ihr Aussagen, die er zuvor in diesen oder ähnlichen Formulierungen an seine Anhänger zu Hause und in erster Linie an Italiens Juden gerichtet hatte. Diese dreifache Verurteilung war unmissverständlich und wurde vollständig in das politische Programm der AN aufgenommen. Sie ebnete den Weg für die weitere politische Normalisierung der extremen Rechten, noch bevor die *Fratelli d'Italia* entstand. Und ich sage »weitere«, weil zu diesem Zeitpunkt Abgeordnete des MSI die Republik Italien samt ihrer Verfassung bereits akzeptiert hatten.

Zwanzig Jahre später sollte Giorgia Meloni Finis Haltung zum Faschismus anpassen, indem sie ihre Partei in programmatischer Hinsicht nationalistischer und sozialer ausrichtete. Meloni präsentierte sich selbst als Frau aus dem Volk, im Gegensatz zu Finis technokratischem Auftreten. Von Finis Verurteilung der Rassengesetze wich sie allerdings nicht ab, vielmehr bezeichnete sie diese sogar als »kriminell«, weil die Gesetze vollwertige Bürger aus dem nationalen Staatswesen ausgeschlossen hatten. Auch Finis Lesart der *Republik von Salò* schloss Meloni sich an, in Bezug auf die historischen Anfänge des Faschismus dagegen ließ sie einige lichte Stellen, etwa hinsichtlich des Umstands, dass der frühe Faschismus (angeblich lange, bevor er antisemitisch wurde) progressive Sozialprogramme verfolgt und Italien gar eine internationale Aura verliehen habe. Bis heute hat sich das, was ich als »gemäßigten rhetorischen Revisionismus« bezeichnen würde, nicht radikal zu einer anderen konkreten Politik gewandelt.

Bereits im Jahr 2003 kritisierten viele linke Intellektuelle und jüdische Stimmen die Normalisierung und bezweifelten, dass Finis Reue echt war. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass der damalige Präsident der jüdischen Gemeinden Italiens, der hoch angesehene linke Intellektuelle, Arzt und Talmudgelehrte Amos Luzzatto, Finis Abschwörung ernst nahm und sie als eine grundlegende Wende im italienischen politischen Leben bewertete. Finis Aussagen und auch Melonis derzeitige Äußerungen hätten demnach die Holocausterinnerung nicht »gekapert«, auch wäre es keine Trittbrettfahrerei. Melonis *Fratelli d'Italia* scheint sich erfolgreich zu einer populistischen Partei zu entwickeln, die die normativen Holocaustpositionen akzeptiert hat.

Es kann sein, dass die Parteien von Fini und Meloni die Holocausterinnerung nicht »gekapert« haben und vielleicht sogar nicht einmal als Trittbrettfahrer von ihr profitieren. Und doch sind sie auf den Zug der Erinnerung aufgesprungen, um durch die Nachahmung der Gedenkkultur ihre eigenen nationalistischen Gedenkveranstaltungen vorantreiben. Ein Jahr, nachdem Fini den

Faschismus wegen seiner abscheulichen antisemitischen Verbrechen, die zum Holocaust führten, verurteilt hatte, brachte er erfolgreich ein Gesetz ein, das eine seit Langem bestehende Forderung der extremen Rechten aufgriff: ein nationales Gedenken an die Massentötung von Italienern, die dazu gezwungen worden waren, ihre historische Heimat in Istrien und Dalmatien zu verlassen, nachdem diese beiden Gebiete an Titos kommunistisches Jugoslawien als Wiedergutmachung für die faschistische Besetzung abgetreten worden waren, zu etablieren. Zwischen 1943 und hatten Mitglieder von Titos Partisanentruppen rund 10 000 Italiener interniert und ermordet (zum Vergleich: 4 500 italienische Juden starben in den Konzentrationslagern). Sie hatten die Leichen (und manchmal die noch lebenden Opfer) in die sogenannten Foiben, tiefe natürliche Karsthöhlen, geworfen. Unter den Getöteten waren faschistische Funktionäre, aber auch viele Italiener, die einfach nur in dieser Gegend lebten. Einige von ihnen stammten von Familien ab, die hier schon seit den römischen Zeiten gesiedelt hatten. Die italienische Präsenz in dieser Gegend hatte sich im 16. Jahrhundert mit den venezianischen Eroberungen noch verstärkt. Dieses tragische Kapitel war im Kriegsnarrativ lange ausgespart worden, weil der italienische Widerstand unter starkem kommunistischem Einfluss stand. Die Opfer wurden pauschal als »Faschisten« angesehen. Und der Wiedereinbürgerung der Italiener aus Jugoslawien wurde sich sogar mit der Begründung widersetzt, dass sie Mussolinis Eroberungen beklatscht und die Italianisierung der slawischen Bevölkerung erzwungen hätten. Für die Kader des kommunistisch dominierten Widerstands kam es nicht infrage, Titos Partisanentruppen für ihre Gewalttaten zu verurteilen. Sie waren Waffenbrüder und vor allem ideologische Weggefährten.

Mit dem Entstehen der unabhängigen Staaten Slowenien und Kroatien nach 1991 (die ihre eigenen historischen Gründe hatten, sich gegen Titos Regime zu wenden) sowie mit dem Niedergang der ehemals so starken italienischen Kommunistischen Partei löste sich das Gedenken an die Foibe-Massaker aus dem Einflussbereich der Neofaschisten und erlangte eine neue, immer größere nationale historische Legitimität.

Im Ergebnis begeht Italien nun jährlich zwei große offizielle Gedenkzeremonien, bei denen jeweils staatliche Vertreter anwesend sind. Auch in Schulen stehen beide Gräueltaten auf dem Lehrplan: Am 27. Januar wird der *Internationale Tag des Gedenkens an den Holocaust* begangen, der in Italien *Giornata della Memoria* heißt, der »Tag des Gedenkens«. Kurz darauf, am 10. Februar, erinnert der italienische Staat an die Foibe-Massaker in einem *Giorno del Ricordo*, einem »Tag der Erinnerung«. 2023 wurde dieser Tag der Erinnerung zum ers-

ten Mal mit der Neuen Rechten an der Macht gefeiert. An der einzigen *foiba*, die sich heute auf italienischem Boden befindet, wurden Kränze niedergelegt und der Senatspräsident Ignazio La Russa, ehemaliges Mitglied der AN, jetzt Abgeordneter der *Fratelli d'Italia*, machte vor der Gedenktafel einen Kniefall à la Willy Brandt. Im Internet kursiert sogar die Idee, Stolpersteine vor den Häusern derjenigen Italiener zu verlegen, die aus den annektierten Gebieten fliehen mussten. Es ist unklar, ob solche Initiativen jemals umgesetzt werden, wenn man bedenkt, welche Protestwellen solch ein Vorschlag nach sich ziehen würde. Es ist nicht schwer, sich die Kritik vorzustellen: Eine Nachahmung der Feierlichkeit des Holocaustgedenkens mag noch akzeptiert werden, aber definitiv keine Fotokopie davon.

Es ist immer noch zu früh um einzuschätzen, ob das Gedenken an die Foibe-Massaker als eine wichtige Geste der Versöhnung zwischen dem linken und rechten Strang der Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert wirkmächtig wird. Oder ob eine solche Aussöhnung an diesem Punkt überhaupt von Bedeutung ist. Jedenfalls hat die Linke den Gedenktag akzeptiert und auch die regierende Rechte hat die Rahmung der Veranstaltung so verändert, indem nicht länger um den Einfluss Italiens auf diese Gebiete getrauert wird. Stattdessen wird lieber von Grenzgebieten der Zivilisation und kulturellem Erbe gesprochen, deren italienische Komponente im Kontext einer pluralistischen europäischen Perspektive respektiert werden sollte.

Meiner Einschätzung nach wird die Polemik um die Foibe-Massaker wohl mit der Zeit abnehmen. Sicher ist allerdings, dass jetzt, da Melonis Partei an der Macht ist, in der italienischen Gesellschaft eine erhöhte Wachsamkeit in Bezug auf die historische Erinnerungskultur vorherrscht. Im Jahr 2018 hatte die damals wesentlich kämpferischer auftretende Giorgia Meloni noch vorgeschlagen, den 25. April als Tag der Feierlichkeiten zur Befreiung Italiens von den Deutschen aufzugeben, weil das Datum zu sehr »spaltete«, und es mit dem 4. November zu ersetzen, dem Tag des siegreichen Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg. Italiens demokratische Parteien hatten gegen eine solche Änderung des Gedenkkalenders vehement protestiert. Doch als Premierministerin hat Meloni bereits bestätigt, dass sie an den ursprünglich geplanten Feierlichkeiten teilnehmen wird. Meloni ist Pragmatikerin und weiß, wann man sich zurückziehen muss. Es könnte auch sein, dass sie nicht einmal selbst wirklich an ihren eigenen Vorschlag geglaubt, sondern lediglich versucht hatte, nationalistische Forderungen zu stellen und sich so gegenüber neuen rechtsextremen Gruppierungen wie der CasaPound, die vor Gewalt nicht zurückschrecken und keine Scheu an den Tag legen, antisemitische Tropen zu verwenden, zu profi-

lieren. Bis auf Weiteres wird das Holocaustgedenken weiterhin über all diesen nationalen Debatten schweben, weil der moralische Schatten und die politische Bedeutung des Holocaust noch immer eine völlig andere Größenordnung hat.

Frankreichs Neue Rechte und der Holocaust

Im Herbst 2022 wurde Giorgia Meloni italienische Premierministerin. Im gleichen Jahr hatte Marine Le Pen erneut versucht, im Rennen gegen Emmanuel Macron Frankreichs Präsidentin zu werden, und scheiterte wie auch schon bei der Präsidentschaftswahl von 2017. Wie Melonis *Fratelli d'Italia* ist auch Le Pens *Rassemblement National* (RN) eine umbenannte Version einer älteren rechtsextremen Partei. Marine Le Pens Vater Jean-Marie hatte den *Front National* (FN) im Jahr 1972 aus einem Zusammenschluss von rechtsextremen Gruppierungen heraus gegründet; mit einem großen Unterschied zum italienischen MSI: Es gab keine nostalgischen Stimmen, die eine Rückkehr zum Vichy-Regime wünschten. Das größte Problem in der französischen Erinnerungspolitik waren der Algerienkrieg und die rechtsextremen Parteien, die auf de Gaulle wütend waren, weil er die *Algérie française* aufgegeben hatte. Dieses besondere nationale Trauma ist noch lange nicht verarbeitet und nährt direkt die anti-arabische, islamophobe sowie einwanderungsfeindliche Ideologie der extremen Rechten Frankreichs. Verglichen mit dem ungelösten Algerientrauma erscheinen die Foibe-Massaker nachgerade anekdotisch.

Die Bilanz der französischen Rechtsextremen bei der Judendeportationen unter Vichy und beim Holocaust ist ähnlich düster. Bis zur Aufarbeitung des Holocaust ab Mitte der 1980er Jahre bis in die 1990er Jahre hatte der FN vom offiziellen Schweigen, das aus der Ausklammerung Vichys aus der eigentlichen Geschichte Frankreichs resultierte, profitiert. Außerdem war Frankreich das Land, in dem ein Robert Faurisson in den späten 1970er Jahren seine Thesen zur Holocaustleugnung verbreitete (die Gasöfen hätten niemals Juden getötet, nur Läuse). Vor allem war Frankreich das Land, in dem führende Beamte des Vichy-Regimes wie beispielsweise der für die Deportationen von *Vel d'Hiv* verantwortliche Polizeichef René Bousquet weiterhin in Freiheit leben und sich ungestraft in hohen Wirtschaftskreisen bewegen konnten. Mitterrand brach als Präsidenten nicht einmal seine Kontakte zu Bousquet ab, den er als seinen Freund bezeichnete. Viele andere führten ebenfalls ihre Karrieren als leitende Beamte ohne Unterbrechung in der Nachkriegszeit weiter, wie etwa der in

der Region Bordeaux für die Deportationen verantwortliche Maurice Papon, der nach 1943 (als er nach Stalingrad gemerkt hatte, dass sich die Kriegslage änderte sowie der Widerstand der Bevölkerung gegen die Verlagerung von Arbeitskräften nach Deutschland wuchs) geschickt die Seiten wechselte, indem er sich als ein Kontaktmann der Résistance gerierte.

Da das Fahrwasser in dieser Zeit reichlich trüb war, konnte Jean-Marie Le Pen seinen FN recht frei navigieren, indem er – nachdem der Holocaust in den 1980er Jahren zu einem zentralen Thema geworden war – die Existenz des Holocaust nie völlig offen leugnete. Seine Spezialität waren provokative Sticheleien. Berüchtigt wurde etwa seine Aussage, in einem tausendseitigen Buch über den Zweiten Weltkrieg würde der Holocaust höchstens zwei Seiten einnehmen, weil er lediglich ein »Detail der Geschichte« gewesen sei. 2018 wurde Le Pen vom Höchsten Gericht für diese Leugnung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilt. Mit solchen Äußerungen, einschließlich einem Witz über die Öfen in den Krematorien – ausgehend vom Nachnamen »Dura-four« (four ist das französische Wort für *Ofen*) sprach er vom »Dura-four-Krematorium« –, konnte Le Pen sich sicher sein, in die Schlagzeilen zu kommen und größere Polemiken um seine Person und um die Positionen seiner Partei loszutreten, einschließlich einer nicht endenden Serie von Gerichtsprozessen – und so in einem Rampenlicht zu stehen, in dem er niemals gestanden hätte, wenn er gemäßigter aufgetreten wäre.

Marine Le Pen versuchte, sich von den Provokationen ihres Vaters über das »Detail der Geschichte« zu distanzieren, doch wollte ihr das niemals überzeugend gelingen; als ob eine solche Distanzierung letztlich doch nicht ihrer inneren Überzeugung entsprach. Im Jahr 2017, ganze 22 Jahre nach Jacques Chiracs wegweisender Rede, in der er Frankreichs Verantwortung für die Deportation der Juden anerkannt hatte, sprach Marine Le Pen zum ersten Mal öffentlich zum Thema und verkündete in offiziellen Pressekonferenzen, dass *La France* nicht dafür verantwortlich sei, was den Juden während des Zweiten Weltkrieges auf französischem Boden zugestoßen war – und wiederholte damit die alte links-gaullistische Position. Es war, als hätte sie bei dem Versuch, ihre Partei zu einer legitimen rechten Akteurin zu machen, eine alternative Wirklichkeit in Bezug auf die politische Epoche betreten. Erst im Jahr 2020 änderte sie ihre Position (und hatte dabei wahrscheinlich die Präsidentschaftswahl von 2022 im Kopf), als sie die *Razzia* des *Vel d'Hiv* vom Juli 1942 als schlimmstes Beispiel für »abstoßenden Antisemitismus« bezeichnete. Obwohl sie damit endlich eine Erklärung abgegeben hatte, verbargen sich in deren Syntax etliche intran-

sitive Verben, um so zu vermeiden, jene französischen Akteure zu benennen, die das Verbrechen begangen hatten.

Man könnte Marine Le Pen zumindest anrechnen, dass sie die Erinnerung an den Holocaust noch nie zur moralischen Aufwertung ihrer Partei benutzt hat – bis heute ist sie nicht nach Israel gereist. Dafür war sie 2012 aber Ehrengast des Wiener Korporations-Balls, des Balls der farbentragenden Studentenverbindungen, auf dem europäische Rechtsextreme und auch Neonazis anwesend waren. Auf internationaler Ebene schweigt sie zwar seit Kurzem über ihre vormals engen Verbindungen zu Russland, spricht sich aber auch nicht für die Ukraine oder die NATO aus. Und obschon sie verstanden hat, dass der »Frexit« gerade kein Stimmenmagnet ist, heizt sie die antieuropäische Stimmung weiterhin an. Im Unterschied zu Meloni muss sie sich um keine »postfaschistische« Glaubwürdigkeit bemühen, weil der *Front National* im technischen Sinne sich nicht in die politische Tradition von Vichy gestellt hat: Ihr Vater hat sich niemals als Kind Vichy-Frankreichs gesehen, und auch sie hat sich nicht als Enkelin dieser Tradition verstanden. Marine hält sich lieber weiterhin bedeckt und konzentriert sich stattdessen, im Einklang mit populistischen Argumentationsmustern, verstärkt auf ökonomische Ungerechtigkeiten, ohne dabei ihr wichtigstes Thema zu vergessen: die Gefahren der Einwanderung. Gemessen an den Wahlergebnissen hat dies gut funktioniert. Ihre Partei ist in der neuen Legislaturperiode im Parlament stark vertreten und es könnte sie 2027 sogar in Richtung Präsidentschaft katapultieren.

(Zum Thema Einwanderung sei an dieser Stelle eine kurze Bemerkung eingeschoben: Auch Giorgia Meloni erklärte die Beendigung der illegalen Einwanderung zu einem ihrer wichtigsten politischen Regierungsziele, das sie durchzusetzen versuchte, indem sie den Flüchtlingsbooten verbot, in Italiens Häfen anzulegen. Als dem ersten von ihr abgewiesenen Boot ausnahmsweise das Anlegen in einem französischen Hafen erlaubt wurde, war ich überrascht, dass sogar linke politische Gegner Melonis, die in praktisch allen Punkten anderer Meinung als sie sind, ihre harsche Reaktion unterstützten, wonach Frankreich sich jetzt wegen wenigen hundert Geflüchteten auf ein reichlich hohes moralisches Ross schwinde, obwohl Italien bereits zehntausende Migranten aufgenommen hatte. Die europäische Ungleichheit bei der Aufnahme von Geflüchteten und Migranten bescherte Meloni ein geneigtes Publikum, das weit über ihre eigentliche Anhängerschaft hinausreichte.)

Im Unterschied zu Le Pen zeigt der junge neue Vorsitzende des *Rassemblement National*, Jordan Bardella, durchaus Interesse für Giorgia Melonis Weg und scheint hinsichtlich der internationalen Politik geneigt zu sein,

ihre NATO- und Ukraine-freundlichen sowie proeuropäischen Positionen zu übernehmen. Allerdings könnte er mit Marion Maréchal (als Enkelin von Jean-Marie und Nichte von Marine) benutzte sie bis vor Kurzem auch den Namen Le Pen) eine harte Konkurrentin aus seiner eigenen jüngeren rechtsextremen Generation bekommen. Gerade nimmt sich Marion eine Auszeit von der Politik und beschäftigt sich ansonsten verstärkt mit den intellektuellen Grundlagen des rechtsextremen Denkens sowie mit den internationalen Verbindungen zu weiteren rechtsextremen Wortführern (wie Steve Bannon und anderen). Im Präsidentschaftswahlkampf unterstützte sie übrigens nicht ihre Tante, sondern Éric Zemmour.

Um die fortwährende Zwielfichtigkeit des französischen rechtsextremen politischen Umfelds zu verstehen, muss das Phänomen Zemmour näher in Augenschein genommen werden. Der Möchtegern-Präsident mag nach seiner Niederlage vielleicht wieder in die politische Versenkung verschwunden sein. Seine Vorstellungen und Lesarten des Holocaust bleiben aber hochgradig verstörend, da sie sich nicht einfach nur als das Werk eines Sonderlings abtun lassen. Möglicherweise weisen sie den weiteren Weg zu dem, was ich als (falsche) Einbindung der Holocausterinnerung in die politische Kultur Frankreichs bezeichnen würde und vielleicht sogar auch darüber hinaus.

Éric Zemmour sieht sich selbst als einen Erznationalisten, der Frankreich liebt., Er spricht von einem großartigen »christlichen Erbe« (ohne geringsten Verweis auf das politisch korrektere »jüdisch-christliche Erbe«), das von vielen als willkommenen Schutzwall gegen jede Art einer möglichen Einbeziehung des Islams gesehen wird. Zemmour ist der intellektuelle und kulturelle Gegenspieler zu Marine Le Pen und ihrer populistischen Wählerschaft. Die Tatsache, dass er selbst praktizierender Jude mit algerischen Wurzeln ist, macht seine Positionen umso irritierender. Wenn er betont, Vichy-Frankreich habe »seine« Juden beschützt und nur jene deportiert, die nicht französisch gewesen seien (als ob das zu rechtfertigen wäre), dann unterläuft ihm nicht nur ein großer historischer Irrtum. Es geht ihm vielmehr darum, die derzeit gängige Argumentation gegen Einwanderung zu untermauern, wonach die fremden oder eingewanderten Juden in Frankreich während des Krieges ja nicht einmal ein »Zuhause« hatten, in das sie hätten zurückkehren können. Solche Aussagen sind Musik in den Ohren der heutigen Rechtsextremisten, denen die Erinnerung an den Holocaust völlig gleichgültig ist und die nur darauf warten, dass dieser – wie jede Vergangenheit – endlich in Vergessenheit gerät. Meiner Meinungen nach passt Marine Le Pens Nichte Marion Maréchal gut in diese Kategorie.

Doch Zemmour spielt den Holocaust nicht einfach nur herunter. Vielmehr sendet er die klare Botschaft, dass die Bedrohung durch Islam und Einwanderung für Frankreichs Überleben wesentlich gefährlicher sei als jeder rechtsextreme Antisemitismus. Folglich müsse Frankreich aufhören, in der Frage des Holocaustgedenkens gespalten zu sein. Frankreich müsse zusammenstehen, um der Gefahr des Islams zu begegnen. Zemmour »reduziert« den Holocaust offenbar auf das aschkenasische Leid, das er dem Leiden der nordafrikanischen Juden unter der Herrschaft der Araber entgegensetzt. Auf ähnliche Weise macht Zemmour Anspielungen, dass der Offizier Alfred Dreyfus aus der gleichnamigen Affäre »vielleicht« doch nicht ganz unschuldig gewesen sei. Zemmour weiß ganz genau, dass er damit einen wichtigen Pfeiler der *République* angreift, weil er so am existenziellen Prinzip der jüdischen Zugehörigkeit zu Frankreich rüttelt. Das macht er, um die oftmals antisemitische extreme Rechte, deren Vorgänger eingefleischte Antidreyfusarden waren, enger an seine Sache zu binden. Der gleichen Argumentationslinie folgt Zemmour, wenn er zwar die russische Schuld an der Invasion der Ukraine einräumt, aber dennoch die NATO, Europa und den Westen weiterhin scharf kritisiert.

Zemmour verfolgt ein zweifaches Ziel: Er betont, dass es in solch einem gefährlichen Moment in der Existenz des französischen Staates (angesichts islamischen Terrorismus und Einwanderung) für Frankreichs Juden an der Zeit wäre, den Holocaust im Namen von höheren und erhabeneren nationalen Werten hinter sich zu lassen. Dies ist kein Akt von Holocaustkaperung oder des Trittbrettfahrens. Dies ist eine gegen die Geschichte gerichtete Analyse, die darauf zielt, den Holocaust als symbolische Marke zu überwinden.

Zemmour erreichte in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen 7,2 Prozent der Stimmen. Das ist kein unbedeutendes Ergebnis, aber nichts im Vergleich zu den 53,59 Prozent der Stimmen, die er von französischen Bürgern in Israel erhielt, bei einer allerdings historisch niedrigen Wahlbeteiligung von nur 9,84 Prozent. Er belegte dort den ersten Platz, und das mit doppelt so vielen Stimmen als Macron. Wie lässt sich dies erklären? Als Moment des politischen Wahnwitzes? Mit der tiefsitzenden Angst in Israel vor der arabischen Welt? Als Symbol für den allmählichen Niedergang des Holocaust in die weiter zurückliegende Geschichte? Als echtes Kapern des Holocaust durch die Hand von Israels Rechtsextremen? Zemmour ist jemand, der den Holocaust weder kapert noch ihn als Trittbrettfahrer ausnutzt – vielmehr lässt er den Holocaust scheinbar einfach »los«, fast so, als habe er ausgedient. Er vertritt eine besorgniserregende rechtsextreme Posi-

tion, die weiter reicht als Marine Le Pens eigene tiefsitzende Gleichgültigkeit gegenüber der Erinnerung an den Holocaust.

Seine provozierende Haltung ist ein höchst beunruhigendes Phänomen für die Zukunft, das mich (so seltsam wie dies auch klingen mag) hoffen lässt, dass es Giorgia Melonis rechtsextremer Regierung mit der Überhöhung der Foibe-Massaker, aber auch mit ihrer ausdrücklichen Anerkennung der faschistischen Schuld und der Gräueltaten des Holocaust gelingt, eine gemeinsame historische Erinnerung zu schaffen und die Gräben zu überbrücken, die sich bei diesem Thema zu ihrer eigenen Basis auftun. Möge sie darin als Beispiel für andere Rechtsextreme in Europa und anderswo vorausgehen. In der Familie der zwielichtigen Vergangenheiten und Gegenwarten ist ihre Version sicherlich noch die bei Weitem hellste und angenehmste Option, jedenfalls im Vergleich zu den dunkelgrauen Wolken von Marine Le Pens Positionen und zu Zemmours politischen Provokationen.

Doch eine Frage für die Zukunft bleibt: Ist es nicht so, dass die Holocaust-erinnerung immer weniger gekapert wird oder zum Trittbrettfahren einlädt stattdessen allmählich ihre Blütezeit vorbei ist und dass sie jetzt erschütterte Identitäten sowie durcheinandergeratene politische Extreme in Zeiten eines neuen (realen) Krieges hinterlässt? Doch für wie lange?

Diese provokative Frage hat zwei Aspekte. Nach der Universalisierung des Holocaust mittels Verschweigens der jüdischen Spezifität in der Nachkriegszeit stellte erstens die Betonung der besonderen jüdischen Betroffenheit durch den Holocaust eine entscheidende Wegmarke für die Schaffung eines klaren historischen Gedächtnisses dar. Doch heute, da der Holocaust spezifisch jüdisch geworden ist, ist die Zeit gekommen, ihn in einer dialektischen Bewegung wieder im Reich der anderen Leiden einzuordnen, damit sein Gedenken an der Seite und nicht im Gegensatz zu der Erinnerung an andere Gräueltaten steht. Zweitens wird das Schicksal des Holocaustgedenkens auch davon abhängen, wie zentrale Akteure – insbesondere Deutschland, Israel und Amerika – mit ihrer starken Fixierung auf den Holocaust weiter umgehen und ob sie den vielen möglichen Arten des Missbrauchs von rechts wie links (und durch sie selbst) Einhalt gebieten.

Denn abgesehen von Verdrängung und Leugnung ist für die andauernde Präsenz des Holocaust kein schlimmeres Schicksal denkbar als eine starke Bürokratisierung und Banalisierung der Erinnerung durch routinierte Entscheidungsträger, für die der Holocaust lediglich ein Spiegelstrich unter vielen in ihren immer strafferen PowerPoint-Präsentationen ist.